

Erzähler vom Westerwald

Mit der wöchentlichen achtseitigen Beilage:
Illustriertes Sonntagsblatt.

Verantwortlicher Schriftleiter:
Th. Kirchhölzel, Hachenburg.

Hachenburger Tageblatt.
Tägliche Nachrichten für die Gesamtinteressen des Westerwaldgebietes.

Mit der monatlichen Beilage:
Ratgeber für Landwirtschaft, Obst- und Gartenbau.
Druck und Verlag:
Th. Kirchhölzel, Hachenburg.

Nr. 17.

Erscheint an allen Werktagen.
Bezugspreis durch die Post: vierteljährlich
1,50 M., monatlich 50 Pfg. ohne Bestellgeld.

Hachenburg, Mittwoch den 21. Januar 1914

Anzeigenpreis (im Voraus zahlbar):
die sechsgespaltene Zeile 12 Pfg., die Reklamezeile 40 Pfg.

6. Jahrg.

Preußen und Bayern 1870/71.

Aufklärung der Mißverständnisse.

Berlin, 20. Januar.

Wie sich nunmehr herausstellt, sind die Äußerungen des Generalleutnants z. D. v. Kracht auf der Tagung des Preußenbundes über einen angeblichen mangelnden militärischen Mut der Bayern bei Loigny, die natürlich in Bayern das größte Aufsehen erregen mußten, völlig falsch wiedergegeben worden. Auf eine Anfrage des preussischen Kriegsministers an den General v. Kracht bestätigt dieser das in einem längeren Schreiben und erklärt:

„Ich bin ein besonders treuer Verehrer unserer bayerischen Waffenbrüder, die stets bereit waren zu helfen. Ich bin daher im höchsten Grade empört, daß das durch ungenügende Berichterstattung der Sinn meiner Worte anders gedeutet werden konnte. Die Dankbarkeit und Anerkennung für unsere braven tüchtigen Waffenbrüder, von der ich auch heute beseelt bin, wurde in der ganzen 17. Division geteilt und lebt noch heute in jedem der alten Soldaten.“

Auch der Vorsitzende des Preußenbundes gibt die ausdrückliche Erklärung ab, es sei unwahr, daß die Leistungen der bayerischen Soldaten im Kriege 1870/71 auf der Tagung herabgeköpft worden seien.

Konflikte im englischen Kabinett.

Rücktritt Churchills?

London, 20. Januar.

Bei der Beratung des Marinebudgets ist es innerhalb des Kabinetts zu einem ersten Konflikt gekommen. Marineminister Churchill verlangt, das Flottenbauprogramm müsse so erweitert werden, daß England im Jahre 1920 nicht weniger als 56 Dreadnoughts den 35 deutschen in der Nordsee gegenüberstellen könne. Ein entschiedener Gegner dieses Planes ist der Schatzkanzler Lloyd George, der, wie es scheint, überdies die Mehrzahl der übrigen Kabinettsmitglieder für seine Anschauung gewonnen hat. Sollte Churchill aus dem Kabinett scheiden, so würden auch voraussichtlich sämtliche Seelords, die Mitglieder des Marinemaths, alle Ratgeber Churchills ihre Ämter niederlegen.

Türkische Seerüstungen.

(Von unserem militärischen Mitarbeiter.)

Ein Regierungsblatt in Konstantinopel besaß so viel Erkenntnis zu schreiben, die Türkei habe den Balkankrieg nur wegen ihrer Schwäche zur See verloren. In der Tat: wäre das Ägäische Meer den Türken nicht durch die griechische Flotte versperrt gewesen, so hätte man von Smirna aus Kerntruppen hinüberführen und an der griechischen Küste landen lassen können; ebenso wäre man in der Lage gewesen, die Bulgaren durch Vandalung und Vornachsch von Enos aus böse anzufassen. Statt dessen erlebten wir nur schwächliche „Demonstrationen“ der türkischen Seemacht im Schwarzen Meer und ein gelegentliches Dinauslugen im Ägäischen. Die Schiffe wagten sich kaum über Tenedos hinaus und machten schleunigst kehrt, wenn der griechische Panzerkreuzer „Georgios Averof“ in den Kampf eintritt. Ein einziger kleiner Kreuzer der Türken war energisch und tauchte bald hier, bald da zwischen dem Roten und dem Adriatischen Meere auf, aber auch ohne greifbare Erfolge.

Neuerdings ist die Lage für das Osmanenreich noch kritischer geworden, denn jetzt sitzen die Griechen auf Chios und Mytilene nur noch in Kanonenschußweite vom Kleinasiatischen Festland, dem eigentlichen Herrschaftsbereich der Türken. Der Krieg selbst hat den Türken zwei Küstenpanzerschiffe gekostet, den „Ismail“ und „Feth-i-Bülend“, dazu das Kanonenboot „Seddul-Bahir“; alle drei waren nichts mehr wert. Von dem, was zurückblieb, waren die beiden in Deutschland gekauften Linien- und Kreuzer der Brandenburg-Klasse, „Barbaros Bairbey“ und „Torgud Reis“, noch ganz respektable schwimmende Burgen, an Panzerschutz und Artillerie den Griechen überlegen, nur nicht mehr schnell genug und — nicht mit der richtigen Mannschaft besetzt. Man kann vielleicht „Armeen aus der Erde stampfen“, aber nie und nimmer die Besatzung eines so komplizierten technischen Wunderwerkes, wie es ein Kriegsschiff ist. So beginnt auch jetzt die Reform der türkischen Marine damit, daß fast die Hälfte der Offiziere und Unteroffiziere als Nichtskönner zur Entlassung kommt; gleichzeitig aber wird mit Rieseneifer gebaut und gekauft, und zwar in allen Staaten, die überhaupt in der Lage sind, Linien- und Kreuzer an eine fremde Macht abzugeben.

Man hat auch vom deutschen Großen Kreuzer „Goeben“ gesprochen, daß er in türkischen Besitz übergeben würde, aber das ist natürlich Unsinn; wir leiden überhaupt Not an Panzerkreuzern und werden doch nicht ein Schiff, das erst 1912 fertig wurde und augenblicklich in seiner ersten Indiensthaltungsperiode sich befindet, schon fest abgeben. Dagegen haben die Türken den „Rio de Janeiro“ den Brasilianern abgekauft und, man denke, bis auf den letzten Pfennig bar bezahlt. Ein chilenisches, ein argentinisches, vielleicht auch noch ein italienisches Großkampfschiff sollen folgen. Dabei sind in England

nach zwei Überdreadnoughts von 23 480 Tons für türkische Rechnung in Bau und Ausrüstung, darunter der „Reichad V“ bei Vickers und der Panzer „B“ bei Armstrong. Offenbar dauert es also nicht mehr lange, und die Türken haben ihr erstes (wenn auch noch sehr buntschickiges) Linien- und Kreuzer Geschwader beisammen, dem die Griechen nichts annähernd Gleichartiges entgegenstellen können.

Es hat Zeiten gegeben, in denen die türkische Flotte der Schrecken des ganzen Mittelmeeres war und an italienischen und französischen Küsten Tribut erhob. Solche Zeiten kehren nie wieder. Aber in der Ägäis kann die Türkei wieder ihre alte Rolle spielen, wenn sie Schiffe nicht nur kauft, sondern auch — bemannt.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

+ Wie der preussische Handelsminister Sydow über die wirtschaftliche Lage denkt, geht aus einer Rede hervor, die er auf dem Stiftungsfest des Vereins zur Förderung des Gewerbes in Berlin hielt. Abgesehen vom Baugewerbe und der Textilindustrie findet der Minister, daß eine rückläufige Bewegung kaum eingetreten ist. Das sehen wir in der Eisenindustrie, die schon wieder leise anzukommen beginnt, im Kohlenbergbau, der noch ein ganz gutes Jahr hatte, und in der Schiffahrt. Der Außenhandel zeigt gleichfalls günstige Zahlen, und die Ernte war gleichwie im Vorjahre gut. Auf dem Arbeitsmarkt trat allerdings bis zu einem gewissen Grade Arbeitslosigkeit in die Erscheinung; aber sie war nach den aus den verschiedenen Landesteilen vorliegenden Berichten nicht allgemeiner, sondern nur lokaler Natur. In Ost- und Westpreußen sowie in Schlesien kam von Arbeitslosigkeit keine Rede, in Schlesien viel eher von Arbeitermangel; in Rheinland und Westfalen war ebenfalls Bedarf an Arbeitskräften; anders allerdings in Mitteldeutschland, wo sich eine Arbeitslosigkeit nicht leugnen läßt. Im ganzen läßt sich sagen, daß in Deutschland im vorigen Jahre mehr Arbeitsgelegenheit als Arbeiter vorhanden war. Im weiteren Verlauf seiner Rede warnte der Minister vor unnötiger Hingabe von Geld an das Ausland.

+ Die sozialdemokratische Landtagsmehrheit in Rudolstadt ist durch das Ergebnis der Wahl zum Reichstag in der hiesigen Fraktion gesunken. Dort wurde nämlich der bürgerliche Kandidat Rämmerer mit 569 gegen den Sozialdemokraten Kraß mit 412 Stimmen gewählt. Dem Schwarzburg-Rudolstädter Landtag gehören nunmehr neun bürgerliche und neun sozialdemokratische Abgeordnete an.

+ Zum Schutz der Arbeitsfreiheit hat die konservative Fraktion folgende Entschließung im Reichstag eingebracht: Der Reichstag wolle beschließen: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, noch vor der in Aussicht gestellten allgemeinen Revision des Reichsstrafgesetzbuchs dem Reichstag einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch welchen ein wirksamer gesetzlicher Schutz gegen den zunehmenden Mißbrauch des Koalitionsrechts geschaffen, dem immer schärfer ausgeübten Terrorismus gegenüber arbeitswilligen Arbeitern entschieden entgegengetreten, insbesondere aber das Streikpostensystem verboten wird.

+ Eine Verfügung zur Ausweisung von Zigeunern ist an die verschiedenen Grenzpolizeibehörden gegangen. Danach sind Zigeuner, die aus dem Ausland kommen und sich nicht als deutsche Reichsangehörige legitimieren können, auch wenn sie angeblich Angehörige eines deutschen Bundesstaates zu sein, entweder wieder über die Grenze zurückzuschicken, oder so lange festzuhalten, bis ihre Staatsangehörigkeit durch Anfrage bei den zuständigen Behörden des betreffenden Bundesstaates festgestellt ist.

Frankreich.

+ Der griechische Ministerpräsident Venizelos, der augenblicklich noch in Paris weilt, hielt auf einem ihm zu Ehren von der griechischen Kolonie veranstalteten Bankett eine Rede, in der er Frankreich für die Griechenlands gewährte Freundschaft und moralische Hilfe sowie für die von der französischen Militärmission geleisteten Dienste in warmen Worten dankte. Venizelos erklärte weiter, Griechenland träume nicht von Eroberungen, aber es verlange für sich dieselbe Achtung, welche es vor dem Gütte der anderen begehrt. Dem auf Recht und Würde gegründeten Frieden fest zugehen, werde Griechenland im nahen Orient ein erster Faktor der Ordnung, des Fortschritts und der Zivilisation werden.

+ Der ehemalige sozialistische Abgeordnete de Pressensé, der Obmann der sogenannten Menschenrechtsliga, ist in Paris im Alter von 60 Jahren gestorben. Während der Dreyfus-Affäre war er der eifrigste Verteidiger des jetzt vor ihm verstorbenen Generals Picquart. Er hat sich auch als Journalist besonders durch seine Artikel über Fragen der auswärtigen Politik einen bekannten Namen gemacht.

Türkei.

+ Die deutsche Militärmission ist durch einen weiteren deutschen Offizier verstärkt worden. Und zwar wurde der bekannte Herrentreiter Risten vom 21. Sächsischen Infanterie-Regiment in Chemnitz, der erst kürzlich zum Major ernannt worden ist, mit Genehmigung des Kaisers und des Königs von Sachsen als Mitglied der deutschen Militär-

mission in Konstantinopel berufen. Durch Trade des Sultans ist Major Risten zum Oberstleutnant befördert und ihm das Kommando des 1. Türkischen Kavallerie-Regiments übertragen worden. Generl Vaischa erklärt nunmehr, daß nur Zweckmäßigkeitsgründe den Ausschlag gegeben hätten, wenn General Risten v. Sanders zwar zum Marschall ernannt wurde, wenn ihm aber keine neue Funktion verliehen worden sei. Es sei dies in voller Übereinstimmung zwischen Risten und dem Kriegsminister geschehen. Der Chef der deutschen Militärmission habe ein uneingeschränktes Inspektionsrecht. Sein Reformwerk werde in keiner Weise dadurch beeinträchtigt, sondern weit eher gefördert.

Aus In- und Ausland.

Berlin, 20. Jan. Die Generalversammlung des Bundes der Landwirte in diesem Jahr findet am Montag, den 18. Februar, mittags 12^{1/2} Uhr, im Circus Busch und im Circus Schumann statt. Einzelheiten werden noch bekanntgegeben.

Paris, 20. Jan. Der Ministerrat unter dem Vorsitz des Präsidenten Poincaré beschloß, das Parlament um den notwendigen Kredit zu ersuchen, um den verstorbenen General Biquart zu Staatskosten beizusetzen.

Kapstadt, 20. Jan. Gestern abend wurde vier ein politischer Mord begangen. Ein Unterdirektor der Kriminalpolizei wurde beim Absteigen von der Straßenbahn erschossen. Zwei Verhaftungen wurden vorgenommen.

Mexiko, 20. Jan. Im Staate Puebla befinden sich die Sarrano-Indianer wieder auf dem Kriegsfuß. Man befürchtet, daß die Verbindung zwischen Veracruz und der Hauptstadt abgeschnitten werden könnte. Die Revolte der Indianer soll mit der Bewegung der Konstitutionalisten im Zusammenhang stehen.

Hof- und Personalmeldungen.

* Der dritte Sohn des Deutschen Kronprinzen, Prinz Subertus, der an Keuchhusten erkrankt ist, wurde vom Berliner Kronprinzenpalais nach dem Potsdamer Stadtschloß gebracht.

* Ein Abschiedsfecht für das Prinzenpaar zu Weo veranstaltete in Berlin der Graf Oendel v. Donnersmarck.

* Der rumänische Thronfolger, Prinz Ferdinand, hat sich mit seinem ältesten Sohne, dem Prinzen Karol, der bekanntlich ins preussische Heer eintritt, nach Berlin begaben.

Deutscher Reichstag.

(195. Sitzung.)

CR. Berlin, 20. Januar.

Anfrage über das Vereinsrecht der Schulleute.

Abg. Erzberger (S.): Was denkt der Reichskanzler zu tun, um der im Reichsvereinsgesetz auch den Berliner Schulleuten garantierte Vereinsfreiheit gegenüber dem vom Polizeipräsidenten v. Jagow erlassenen Verbot der Vereinigung Berliner Schulleute zu verschaffen? Ministerialdirektor Gehrmann: Die Frage berührt ihrer Natur nach nicht das Vereins-, sondern das Beamtenrecht. Damit steht das Vorgehen des Polizeipräsidenten nicht in Widerspruch. Der Reichskanzler hat deshalb keinen Anlaß zu Maßnahmen gegen dieses Vorgehen.

Abg. Erzberger (zur Ergänzung der Anfrage): Der damalige Staatssekretär v. Bethmann Hollweg hat bei der Schaffung des Vereinsgesetzes erklärt, daß auch den Beamten das Vereins- und Versammlungsrecht gewährleistet wurde. Was will der Reichskanzler zur Durchführung dieses Versprechens tun?

Ministerialdirektor Gehrmann: Es würde sich empfehlen, diese Frage bei der Etatsberatung zu erörtern. Ich habe meiner Antwort nichts hinzuzufügen.

Fortsetzung der Etatsberatung.

Abg. Krähig (Soz.): Der schlimmste Terrorismus wird von den Unternehmern getrieben, um die Arbeiter in die Gelben Vereine hineinzupressen. Herr v. Dehnbach fordert uns auf, doch einmal Ernst mit der Revolution zu machen. Rein, Herr v. Dehnbach, die von Ihnen erwartete Revolution der roten Gewalt, die die Massen vor die Maschinenengewehre bringt, diese Revolution werden wir nicht machen. Aber die Revolutionierung der Köpfe, die wird kommen. Es ist nicht wahr, daß durch die Belastung mit der Sozialpolitik unsere Industrie konkurrenzunfähig wird, sie wird viel mehr belastet durch die Verteuerung der Rohprodukte infolge der geltenden Wirtschaftspolitik. (Sehr richtig! bei den Soz.) Die Rechtsverhältnisse der Landarbeiter müssen ebenso geregelt werden wie die der Industriearbeiter.

Staatssekretär des Innern Dr. Delbrück:

Der Vorwurf, der gestern erhoben wurde, wir gäben uns keine Mühe und kümmerten uns nicht um die Wünsche des Reichstags, ist ungerichtet. Wenn ich verstanden soll, den roten Buben zu entwirren, der durch die bisherigen Debatten ging, so treten zwei Fragen besonders hervor: Was wird mit unserer Sozialpolitik? und — Was wird mit unserer Wirtschaftspolitik? Das wichtige Thema der Mittelstandspolitik behalte ich mir vor, in einer besonderen Rede zu behandeln. Mit unserer

sozialpolitischen Gesetzgebung

sind wir zu einem gewissen Abschluß gelangt. Unruhe und Durst links: Donnerwetter! Die Reichsversicherungsordnung bedeutet einen wesentlichen Ausbau unserer Versicherung. Ihre Durchführung ist aber noch nicht abgeschlossen, und schon deshalb verbietet es sich, bereits wieder in neue gesetzgeberische Aktionen einzutreten. Bei der Ausdehnung der Krankenversicherung sind wir annähernd bis an die Grenze des Möglichen gegangen (Sehr richtig!) Die Vorbereitung dieses Gesetzes war keineswegs oberflächlich und leichtfertig, im Gegenteil: vielleicht nie zuvor

ist ein Gesetz so sorgsam vorbereitet worden. Und die Einführung der Krankenversicherung auch auf dem flachen Lande haben wir erst in Angriff genommen, als wir in langjährigen Untersuchungen die Notwendigkeit und Möglichkeit erkannt hatten. Wir haben nun annähernd

die Grenzen der sozialen Fürsorgegesetzgebung erreicht. Ich habe kürzlich schon vorgetragen, welche Schwierigkeiten sich der praktischen Durchführung der Gesetzgebung auf diesem Gebiet entgegenstellen. Tatsächlich haben wir jetzt das möglichste geleistet, so daß von einem Stillstand nicht die Rede sein kann. Daß aber auch einmal eine Pause auf dem Gebiet der sozialpolitischen Gesetzgebung eintreten muß, ist selbstverständlich. Der Abg. Doormann hat gefragt, ob wir noch nicht so weit seien, in eine Regelung der

Nachte aus den Tarifverträgen

eintreten. Die Voraussetzung dafür ist die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine und eine Einigung zwischen Parlament und Regierung über die Ausgestaltung der Rechte dieser Vereine und über die Mittel und Wege zur Verhütung eines Mißbrauchs dieser Rechte. Wenn die Denkschrift darüber in Ihren Händen sein wird, werden wir in der Lage sein, uns weiter darüber zu unterhalten. Solange kein Reichseinkunftsamt besteht, ist es zweckmäßiger, den jetzigen Zustand beizubehalten. Ein Fall, der dafür typisch ist, daß alle gegenwärtigen Streitfragen besser in die Hand eines paritätischen Schiedsgerichts gelegt werden, ist der

Streit zwischen Ärzten und Kassen.

und ich freue mich, daß es mir endlich gelungen ist, diesem Streit ein Ende zu machen. (Beifall im ganzen Hause.) Ein Abbau der Sozialpolitik ist nicht beabsichtigt. Eine gebildete und wirtschaftlich gut gestellte Arbeiterschaft ist eine der Säulen des Staatslebens. Eine verständige Sozialpolitik in den Grenzen des wirtschaftlich Möglichen wird beibehalten werden, eine verständige Sozialpolitik, die auch den Arbeitgebern die nötige Ellenbogenfreiheit sichert. Die Regierung hat zu erwägen, was sie zu tun hat, um auch die Arbeitgeber im Rahmen des wirtschaftlich Möglichen zu schützen. (Sehr richtig! rechts und Beifall.) Damit komme ich auf das Gebiet der

Wirtschaftspolitik.

Die Entwicklung ist hier eine so erfreuliche, daß einzelne Bedenken, die hier geäußert worden sind, in keinem Verhältnis zu den Fortschritten und Vorzügen des Erreichten stehen. Auch in bezug auf das Wohnungsproblem sind, obwohl noch manches zu tun übrig bleibt, große Fortschritte erzielt worden. Ob die Löhne ausreichend sind, erörtere ich hier nicht. Ich stelle nur fest, daß sie steigen und gestiegen sind. Die Behauptung, daß die Steigerung der Fleischpreise auf den Rückgang des Viehbestandes zugunsten des Körnerbaues zurückzuführen ist, trifft nicht zu. Der Rückgang der Viehbauch ist auf die wiederholten Mähernten früherer Jahre an Futtermitteln zurückzuführen. Unter der Wirkung der letzten günstigen Ernten beginnt der Viehbestand sich bereits wieder zu heben. Durch das System der Einfuhrzölle ist es dem Produzenten möglich, sein Getreide zu einem konkurrenzfähigen Preise an den Markt zu bringen. Die Einfuhrzölle sind keineswegs eine verheerende Ausfuhrprämie, aber ihre Aufrechterhaltung ist notwendig, um die Getreidemärkte im Osten und Südwesten des Reiches nicht veröden zu lassen.

Wir haben keinen Grund, an den bisherigen Grundsätzen unserer Wirtschaftspolitik zu rütteln. (Beifall.) Wir haben keine Veranlassung, unsere Zollsätze zu erhöhen noch unserer Landwirtschaft den bisherigen Zollschutz zu entziehen. (Lebhafter Beifall.)

Sozial- und Wirtschaftspolitik sind zu gleicher Zeit entstanden und auf demselben Boden gewachsen. Die Fortführung der einen erfordert deshalb die Aufrechterhaltung der anderen. Beide haben sich bewährt. Es wird deshalb unsere Aufgabe sein, sie weiter fortzuführen. (Lebhafter Beifall.)

Abg. Christant (S.): Es wäre zu wünschen, daß die Regierung Mittel bewilligt für Handwerker, die sich an Ausstellungen beteiligen wollen. Auch die stärkere Förderung des gewerblichen Genossenschaftswesens ist eine Pflicht der Regierung. Auf den Umfang des geheimen Warenhandels, der den legitimen Warenhandel schwer schädigt, muß der Bundesrat mit aller Entschiedenheit aufmerksam gemacht werden.

Ministerialdirektor Dr. Caspar: Bezüglich der Äußerungen des Vorredners über den geheimen Warenhandel sind die Bundesregierungen nicht unfähig, um den Mischständen ent-

gegenzutreten. Auch mit den Genossenschaften sind Verhandlungen bereits im Gange.

Ministerialdirektor Dr. Caspar: Die Wünsche des Abg. Christant bezüglich der Ausstellungen sind im Etat bereits berücksichtigt.

Abg. Dr. Böhm (natl.): Auch wir stehen auf dem Standpunkt, daß unsere Wirtschaftspolitik sich bewährt hat. Erfreulich ist der Nachweis der günstigen Resultate der deutschen Viehbauch. Redner empfiehlt das Festhalten an den bisherigen Zollätzen. Redner fordert schließlich stärkeren Weizenanbau und Förderung der inneren Kolonisation. Das Haus verlegt sich auf morgen.

Preußischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

(7. Sitzung)

Re. Berlin, 20. Januar.

Das Haus war heute starker besucht als am Montag. Nachdem die einzelnen Fraktionsredner kurz ihr Einverständnis mit der Regierungsvorlage über die Erweiterung des Stadtkreises Danzig erklärt hatten, ging die Vorlage zur weiteren Beratung an die Gemeindefunktionäre. Debatte erfolgte dann in dritter Lesung die Annahme des Gesetzesentwurfes betreffend die Zuständigkeit der Gerichtsschreiber der Amtsgerichte für die öffentliche Beglaubigung einer Unterschrift. Dann ging man an die Weiterberatung des

Landwirtschaftsetats.

Abg. v. Morawski-Dierszky (P.) brachte, auf der Tribüne kaum hörbar, polnische Klagen aus der Ostmark vor.

Abg. Dorsch (L.) führte reichliche Zahlen an, um darzutun, daß die Rindvieh- und Schweinebestände eine bedeutende Verlierung erfahren haben, nur ein kleiner Rückgang sei zu verzeichnen in der Schafzucht. Diese sei aber nicht ausschlaggebend für die Fleischversorgung. Unsere Viehbauch müsse so gehoben werden, daß wir die Fleisch-einfuhr entbehren können. Zudem hätten die meisten Städte erklärt, daß das ausländische Fleisch ohne Einfluß auf die Preisgestaltung geblieben sei.

Abg. Dr. Schifferer (natl.) wandte sich gegen die Ausführungen des Abg. Braun (Soz.) in gestriger Sitzung. Auch der Abg. Hoff (Soz.) sei capriolischer gewesen als Capriol. Der Redner nannte die Viehzölle von 1903 eine reißende Tat für unsere Bauern. Innere Kolonisation sei unentbehrlich bei Aufhebung der Futtermittel- oder Viehzölle. Mit einem Appell an die bürgerlichen Parteien, in der Frage der Schutzpolitik sich vor Uneinigkeit zu hüten, schloß der Redner.

Nach kurzer Polemik des Abg. Grafen Moltke (L.) gegen die freihändlerischen Anschauungen des Abg. Hoff brachte der Zentrumsabgeordnete v. Pross Klagen vor über die langsame Befestigung der Wildschäden.

Abg. Dr. Baumbach (Sp.) wandte sich gegen die Konfessions- und Nationalliberalen. Die Nationalliberalen hätten seinerzeit selbst für die Capriolischen Handelsverträge gestimmt, jetzt aber ließen sie Sturm dagegen. Die Viehvermehrung halte nicht Schritt mit dem Anwachsen der Bevölkerung. Redner trat dann besonders für die Interessen der Kleinrentner ein; sie zu vermehren, sei Aufgabe des 20. Jahrhunderts.

Nun wurde Schluß der Besprechung beantragt, und das Haus verlegte sich auf morgen.

Zabern-Chronik.

Nach wie vor beherrscht Zabern die Öffentlichkeit. Reithum greifen die einzelnen bündelstaatlichen Parlamente die Frage auf und wünschen Erklärungen verschiedenster Art von ihren Regierungen, namentlich über die Handhabung des militärischen Waffengebrauchs.

Professor Laband in der reichsländischen Kammer.

H. Straßburg i. E., 20. Januar.

Hier bespricht man lebhaft die gestrige Interpellation über die Zaberner Vorfälle in der ersten elsässischen Kammer, und besonders das Abstimmungsergebnis über die eingebrachte Entschließung, die mit 33 gegen 3 Stimmen bei zwei Enthaltungen angenommen wurde. Unter den drei Stimmen befand sich diejenige des Präsidenden der Reichsbank Frisch, des Generals v. Mohner und die des bekannten hiesigen Rechtslehrers Professor Laband. Von letzterem hatte man — warum, ist nicht recht klar —

an genommen, er würde sich der Mehrheit anschließen. Das tat er indessen nicht, er erklärte vielmehr, daß er in dem Verhalten des Obersten v. Reuter nichts Rechtswidriges erblicken könne. In der erwähnten Entschließung betont die Erste Kammer u. a.: „Die Kammer ist der Ansicht, daß gegen die Wiederholung solcher Vorgänge eine sichere Garantie gegeben werden muß, insbesondere auch dafür, daß die in Elsass-Lothringen zu Recht bestehende Gesetzgebung von den in Elsass-Lothringen garnisonierenden Militärbehörden genau beachtet wird. Die Kammer ersucht die Regierung, an maßgebender Stelle eine Entscheidung in diesem Sinne herbeizuführen.“

Eine Anfrage in Württemberg.

F. Stuttgart, 20. Januar.

Im württembergischen Landtag ist von fortschrittlicher Seite folgende Anfrage an die Regierung gerichtet worden: „In Württemberg ist wie in den anderen Bundesstaaten infolge der bekannten Vorgänge in Elsass-Lothringen eine Beunruhigung der Bevölkerung entstanden, weil man mit der Möglichkeit rechnet, daß auch in Württemberg die Ausübung der bürgerlichen Polizeigewalt von dem Militär an sich gerissen werden könne. Gedenkt die königliche Regierung, dieser Beunruhigung durch Klärung des in unserem Lande bestehenden Rechtszustandes zu steuern, wie das in Bayern durch die dortige Staatsregierung geschehen ist? In ihrer Antwort erklärt die Regierung, daß in Württemberg ein Eingreifen des Militärs nur nach vorausgegangener Aufforderung der zuständigen Zivilbehörde erfolgen darf.“

Prüfung der Vorschriften über Waffengebrauch.

CB. Berlin, 20. Januar.

Vor kurzem wurde in der „Nordd. Allgem. Stg.“ offiziell angekündigt, daß der Kaiser, veranlaßt durch die Zaberner Vorgänge, eine Nachprüfung der Vorschriften über den Waffengebrauch des Militärs angeordnet habe. Wie hierzu zuverlässig verlautet, erfolgt diese Nachprüfung zunächst im preussischen Kriegsministerium.

Kongresse und Versammlungen.

Der Preussische Handwerkstages hat auf seiner in Berlin abgehaltenen Sitzung folgenden Antrag angenommen: „Da Regiebetriebe in erster Linie nach Aufgabe des Gemeinwohles zu verwalten sind, darf man von ihnen erwarten, daß sie nicht in gewinnstüchtiger Absicht Produktionsgebiete des freien Gewerbes an sich reißen. Insbesondere darf man von den Kommunen und ihren Gassen, Elektrizitäts- und Wasserwerken verlangen, daß sie bei dem Betrieb eines Produktions- oder Installationsgewerbes nicht über den Rahmen der durch gemeinnützige Zwecke des Unternehmens bedingten Produktion und Installation hinausgehen. Als besonders verwerflich muß man es bezeichnen, wenn Gemeinden in Widerspruch mit der durch Gesetz für alle Bürger geltenden Gewerbefreiheit, und zumeist in der Absicht, sich selbst die Installationsaufträge ihrer Bürger zu sichern, den selbständigen Handwerkern vor der Zulassung zu Installationsarbeiten Kauttionen auferlegen, die sich bisweilen auf viele Hunderte Mark belaufen. Die preussischen Handwerkskammern bitten den Minister, erneut darauf hinzuwirken, inwieweit die Ausdehnung der Gemeindebetriebe auf die Produktion und Installation und den Handel mit Beleuchtungskörpern gegenüber ihren eigenen Bürgern den Vorschriften der Gewerbefreiheit entspricht, und inwieweit die Gewerbefreiheit durch die genannten Geldforderungen verletzt wird.“

Lokales und Provinzielles.

Merktblatt für den 22. Januar.

Sonnenaufgang	8 ⁵⁰	Mondaufgang	5 ³⁰ B.
Sonnenuntergang	4 ²⁰	Monduntergang	11 ²⁰ B.

1729 Dichter Gotthold Ephraim Lessing zu Kamenz i. d. Laus. geb. — 1775 Französischer Offizier André Marie Ampère in Lyon geb. — 1788 Englischer Dichter George Lord Byron in London geb. — 1849 Schwedischer Dichter August Strindberg in Stockholm geb. — 1901 Königin Viktoria von England in Osborne gest.

□ Ausreden lassen. Es wäre ein Unglück, wenn der Giftmordprozeß Dörf nur eine augenblickliche „Sensation“

Aus erster Ehe.

Original-Roman von H. Courths-Mahler.

63) Nachdruck verboten.

„Wie hätte ich einen Augenblick zögern können, verehrte gnädige Frau.“

Sie wehrte leicht ab.

„Bitte, nennen Sie mich Mrs. Fotham, — ich bin es so gewöhnt.“

„Wie Sie befehlen.“

„Nicht befehlen. Die Deutschen nennen sich ein freies Volk und lassen sich doch so leicht zu Sklaven machen. Aber bitte, — nehmen Sie Platz.“

„Ich bin Ihnen so dankbar, daß Sie mir erlaubten, zu kommen.“

Sie lächelte.

„Eigennutz, Herr Baron. Eva wäre sonst nicht länger bei mir zu halten gewesen.“

Göz blickte mit leuchtenden Augen zu Eva hinüber. Sie plauderten nun zu Dreien über das, was ihnen zunächst am Herzen lag.

Mrs. Fotham ging ohne Umschweife auf den Kernpunkt der Sache über. Sie fragte Göz, wieviel Kapital er brauche, um Herrenfelde wieder flott zu machen.

Er zögerte. Dann sagte er bedrückt:

„Man müßte leider eine bedeutende Summe hineinstecken. Aber wenn nur erst einmal die drückendsten Lasten abgetragen sind, dann helfe ich mir schon selbst.“

Evas Mutter schüttelte energisch den Kopf.

„Nein, nein, — nichts halb tun. Das führt zu nichts. Sagen Sie mir ganz ungeniert die Summe, die Sie brauchen, um die Schulden abzutragen und alle wünschenswerten Verbesserungen zu treffen.“

Göz wurde sehr blaß.

„Dazu wäre ein großes Vermögen nötig, — daran ist nicht zu denken.“

Mrs. Fotham strich lächelnd über Evas ängstliches Gesicht.

„Halten Sie uns nicht mit kleinlichen Bedenken auf, lieber Baron. Sehen Sie Evas bange Augen. Sie soll

freie Bahn und ein sorgenfreies Dasein in Herrenfelde haben, dazu bin ich da. Aber ich sehe schon, — Sie fürchten sich die Summe auszusprechen. Nun, — mein Sekretär hat sich in meinem Auftrag schon ein wenig orientiert. Ich will Ihnen selbst Vorschläge machen. Wenn Ihnen die Summen zu niedrig scheinen, so korrigieren Sie mich. Also Hypotheken lasten zirka dreihunderttausend Mark auf Herrenfelde. Stimmt das?“

Göz atmete gepreßt und sah starr vor sich hin.

„Es sind zweihundertachtzigtausend Mark alles in allem.“

„Schön, — bleiben wir bei der Zahl, um abzurufen. Nun weiter. Um das Schloß vollständig neu einzurichten und instand zu setzen, wären weitere hunderttausend Mark nötig, nicht wahr?“

Göz hob abwehrend die Hand.

„Es ließe sich für die Hälfte sehr gut machen.“

„Nein, nein — meine Tochter soll allen Komfort haben — es bleibt dabei. Nun stecken wir noch zweihunderttausend Mark in allerlei Verbesserungen des Gutes. Ich weiß, Sie haben da allerlei Pläne, die Sie gern verwirklichen möchten. Mein Sekretär sprach von einer Konservenzfabrik.“

Göz blickte überrascht auf. Sie nickte ihm lächelnd zu. „Ja, ja, — ich war ein wenig neugierig und habe meine Nase in allerlei gesteckt. Also — ich habe alles in allem auf eine halbe Million Mark gerechnet. Genügt Ihnen das, um all Ihre Wünsche zu befriedigen?“

Göz strich sich über die Stirn, als ob ihm zu heiß sei.

„Es würde meine kühnsten Wünsche übersteigen — Sie sehen mich vollständig fassungslos, Mrs. Fotham. Solch eine Summe — Sie verzeihen — das erscheint mir armem Schlucker wie ein Märchen.“

„Nun, Ihre Frau Tante hat mir bereits die Rolle der guten Fee in diesem Märchen zugebach. Ich hoffe, sie zur Zufriedenheit zu spielen. Um Sie zu beruhigen, will ich Ihnen gleich noch mitteilen, daß meine Tochter einst mindestens das Fünffache dieser Summe von mir erben wird. Machen wir es kurz, — ich setze Eva als Mitgift eine Million Mark aus. Die Hälfte davon

erhalten Sie zur freien Verfügung, um Herrenfelde im alten Glanz erstehen zu lassen, die andere Hälfte wird in guten Papieren für Eva festgelegt, und die Zinsen davon bilden ihr Nadelgeld. Ich wünsche, daß meine Tochter ganz unabhängig bleibt. Sie nehmen mir das nicht übel; aber ich habe von meinem verstorbenen Mann gelernt, vorsichtig in Geschäften zu sein.“

Eva und Göz hatten sich, wie halt suchend, bei den Händen gefaßt und hielten sich fest. Göz atmete tief auf. „Ich verstehe das vollkommen, Mrs. Fotham. Ich bin jetzt gar nicht fähig, Ihnen meinen Dank auszusprechen. Sie sind so großzügig. Ich kann es noch gar nicht fassen, daß so plötzlich all meine Sorgen von mir genommen werden sollen, daß ich aller Lasten ledig sein soll und meine verschwiegsten und kühnsten Wünsche greifbare Gestalt annehmen.“

Mrs. Fotham sah wohlgefällig in sein ernstes, männliches Gesicht.

„Sie brauchen mir gar nicht zu danken. Ich tue alles für dieses kleine, blasse Mädchen hier. Wahrlich, sie hat alle Farbe verloren vor Schrecken, daß sie eine reiche Mutter hat, meine kleine Eva. Kind, — komm' nur erst wieder zu Dir. Bisher hattest Du eine schlechte Mutter, — nun will sie versuchen, eine gute zu sein.“

Eva warf sich aufweinend in ihre Arme.

Mutter, — liebe, gute Mutter.“

Mrs. Fotham küßte sie zärtlich.

„Mein liebes, kleines Kind,“ sagte sie leise. Dann machte sie sich hastig los und trat an das Fenster. Sie wollte die aufsteigenden Tränen nicht Herr über sich werden lassen.

Eva umfaßte Göz mit beiden Armen.

„Bist Du nun ganz froh und glücklich, mein Göz?“

Er preßte sie fest an sich und sah ihr tief in die Augen.

„Ich kann es Dir nicht mit Worten ausdrücken, was jetzt in mir vorgeht, mein Lieb, erlaß es mir,“ sagte er tiefbewegt.

Hand in Hand traten sie dann zu Mrs. Fotham. Göz zog stumm die Hand derselben an die Lippen. Sie blickte ihn mit feuchten Augen an. Fortsetzung folgt.

hervorriefe. Die Verhandlungen haben so vielseitigen Stoff zum Nachdenken und zur Verbesserung unserer Verhältnisse geliefert, daß man nicht so schnell über ihn zur Tagesordnung übergehen kann. „Man hat mich nicht ausreden lassen!“ So sagte eine einfache Frau aus dem Volke. Sie war acht Jahre vorher, als ich schon das Treiben von Sopf aus bestimmten Gründen verdächtig vorgekommen war, noch wegen Beleidigung bestraft worden. Schon damals hätte das Schöffengericht, wenn es die Frau hätte ausreden lassen, die Spur eines der grauigsten Morde gefunden. Aber Beleidigungsprozesse sind „Bagatellden“, sind es auch meist ohne Wankhalschen. Aber sie sind es — wie die Geschichte lehrt — nicht immer. Die Gabe, kurz und knapp zu sprechen, ist nicht jedermann verliehen. Und die Kunst des freien Sprechens wird nicht gelehrt. Leider. Jedenfalls nimmt sie im Unterricht nur einen Winkel ein. Und doch wäre es gut, wenn die Darstellung eines Vorganges im eigenen Leben nicht nur in Form von Aufsätzen, sondern im freien Vortrage geübt würde. Kommt heute jemand vor Gericht, so macht er einen „Preis“ um die Dinge. Meist auch aus den Dingen. Man kann einem Richter, der derlei Bagatelldenprozesse führt, schließlich keine Vorwürfe machen, wenn er ungeduldig wird. Er will das Wesen der Dinge. Durch geschickte Fragen kann er es oft herausholen. Oft freilich verlieren die Zeugen dann vollends den Faden. Man läßt sie nicht ausreden — und die Sache wird entstellt oder ganz ungesagt. Hier wird die Seelenkenntnis der Richter noch weitere Aufgaben haben. Die einfachen Leute aus dem Volke werden nun einmal so genommen werden müssen, wie sie sind! Also „ausreden lassen“. Was ein ganzes Erziehungssystem verschuldet hat, läßt sich eben in einer Viertelstunde nicht gutmachen.

Wirthschaftliche Stiftung. Im Frühjahr d. J. gelangen die Jinsen des Wirthschaftlichen Stiftungskapitals von 20000 M. aus dem Rechnungsjahre 1912 und 1913 im Betrage von je 800 M. zur Verteilung. Nach dem Testament des verstorbenen Landesdirektors a. D. Wirth sollen die Jinsen einer gering bemittelten Person, die früher für Rechnung des Zentralwaffenfonds verpflegt worden ist und die sich seit Entlassung aus der Waisenversorgung stets untadelhaft betragen hat, frühestens fünf Jahre nach dieser Entlassung als Ausstattung oder zur Gründung einer bürgerlichen Niederlassung zugewendet werden. Die Bewerbungen müssen an den Landeshauptmann zu Wiesbaden gerichtet werden und Angaben enthalten: 1. über den seitherigen Lebenslauf des Bewerbers oder der Bewerberin, besonders seit Entlassung aus der Waisenversorgung; 2. über deren jetzige Beschäftigung; 3. über die geplante Verwendung der erbetenen Zuwendung im Sinne der Stiftung. Diesen Angaben sind amtliche Bescheinigungen über die seitherige Beschäftigung und Führung der Bewerber und Bewerberinnen, sowie Zeugnisse der seitherigen, insbesondere des letzten Arbeitgebers beizufügen. Diejenigen Bewerbungen, welche vor dem 1. März eingehen, können nur berücksichtigt werden.

12. Veteranenreise nach Frankreich zum Besuch der Schlachtfelder vom Feldzug 1870/71. Die 12. Veteranenreise nach Paris-Orléans-Sedan-Meg zum Besuche der Schlachtfelder vom Feldzug 1870/71 findet vom 15. bis 28. Mai d. J. statt und sind Kameraden und Kampfgenossen zur Theilnahme an derselben herzlich eingeladen. Besucht werden außer einem ständigen Aufenthalt in Paris und Umgebung folgende Schlachtfelder und Städte: Metenay, Pouy, Eumau, Voigny, Chateau-Goury, Beauvoilliers, Beaugency, Cravant, Beaumont, Villers-aux-Moines, Coulmiers, Blois, Tours, Le Mans, Reims, Sedan, Bapaume, Dainville, Jülich, Floing, Doullens, Belleu, Mars-la-Tour, Bionville, Flaviigny, Regonville, Gravelotte, St. Hubert, Point du Jour, Verneville, St. Privat la Montagne, Amannweiler. Auch der jüngeren Generation ist es gestattet, an der Reise teilzunehmen. Alles Nähere, sowie ein genauer Prospekt für die Reise ist gegen Einsendung einer 10 Pfg.-Marke zu beziehen durch die Zentralstelle für Veteranenreisen nach Frankreich, München, Dachauerstraße 11.

Hachenburg, 21. Januar. Wie wir aus Herborn erfahren, ist der Leiter unserer Schulen, Herr Rector Krah, als Leiter der dortigen Mittelschule gewählt worden.

Eine Eiche von besonderer Dimension wurde dieser Tage im hiesigen Stadtwalde, District Gebüch, gefällt. Wie uns mitgeteilt wird, dürfte der gefällte Baum der stärkste seiner Art unseres Stadtwaldes gewesen sein, er soll etwa 17 Fessmeter ergeben haben.

Der Karnevalverein von 1899 beabsichtigt, am 8. Februar bei Herrn Gastwirt Friedrich Schütz und am Fastnachtdienstag in der Westendhalle je einen Maskenball abzuhalten. Wie alljährlich stehen zu diesen Veranstaltungen eine große Anzahl schöner Preise zur Verfügung. Die Maskenbälle dieses Vereins erfreuten sich immer großer Beliebtheit. Da bei diesen Bällen noch Ueberraschungen geboten werden, wird man auf ein volles Haus rechnen können. Näheres später im Anzeigenteil.

Aus dem Oberwiesenthaler Kreis, 20. Januar. Herr Regierungsbüro-Diätar Geibel ist zum Kreissekretär ernannt und ihm die Kreissekretärstelle in Marienberg übertragen worden. — Die Frau des Wegewärters Müller von Büdingen kam am Sonntag vor der Kirche in Hohenhahn infolge des Sturmes so unglücklich zu Fall, daß sie einen Oberschenkelbruch davontug und in das Krankenhaus nach Wilmberg gebracht werden mußte.

Schachhelden, 17. Januar. Die neue Gesellschaft für Bergbau und Industrie hat vergangene Woche ihre eingereichten Unternehmungen in Dillenburg genehmigt und unterzeichnet bekommen. Es handelt sich hauptsächlich um Ausbeutung von Platin und Herstellung keramischer Waren nach neuestem Verfahren. Auch soll sich etwas Gold in dem hier vorkommenden Gesteine befinden. Das Bergbauamt Dillenburg ist mit Beantwortungen täglicher Anfragen stärker als sonst beschäftigt. Es ist hieraus zu ersehen, daß doch etwas dahinter ist. Aus verschiedenen Großstädten waren schon in letzter Zeit Spekulantinnen hier und haben sich Gestein zur Prüfung mitgenommen. Der Gründer der Gesellschaft, Kommerzienrat Gustav Jung, hat sich einen gesellschaftlichen Komplex gesichert. Es soll, sobald es die Witterungsverhältnisse erlauben, mit dem Bau der Anlage begonnen werden. Dieses Objekt soll 500 bis 600 Arbeitern Beschäftigung bringen, was sehr erfreulich ist.

Marburg, 18. Januar. Am Mittwoch Abend ging auf dem Transport der Postkassen vom Bahnhof nach dem Postamt in Battenberg der Postbeutel aus Dudenau mit etwa 800 Mark bar und sonstigen Postkassen verloren. Drei Mitglieder der sog. Jugendkolonie „Räje“ wurden festgenommen und in Untersuchungshaft abgeführt. Im Besitz der schon mehrfach vorbestraften Leute fanden sich noch etwa 660 M. und mehrere Postanweisungen.

Neuwied, 20. Januar. (Strafkammer.) Der Arbeiter

Friedrich B. aus Dierdorf und der Bäckergehilfe Willy St. aus Giershofen, hier in Untersuchungshaft, stehen wegen Einbruchsdiebstahls unter Anklage. In der Nacht zum 27. Oktober v. J. stiegen die Vorgenannten durch ein unverschlossenes Fenster in den Keller des Gastwirts H. v. D. von Giershofen ein. Sie entwendeten dort eine Anzahl Flaschen Wein und Schnaps. Von hier aus begaben sich die Angeklagten nach Dierdorf, wo sie durch den Garten in das von der Witwe Schlett bewohnte Pfarrhaus eindrangen. Sie durchsuchten die Zimmer und erbrachen insbesondere eine Konsole, aus welcher sie eine Korallenbroche, eine Vorstednadel, ein Handtäschchen, eine Wase und eine silberne Signalfleise mitnahmen. Als die Angeklagten auch noch in andere Zimmer eindringen wollten, erwachte die Witwe Schlett und schrie um Hilfe, worauf die Einbrecher entflohen. In Coblenz erfolgte deren Festnahme. Das Gericht erkennt auf 5 Monate Gefängnis gegen St. und auf 3 Monate Gefängnis gegen B., außerdem werden jedem der Angeklagten 2 Monate als durch erlittene Untersuchungshaft für verbüßt angerechnet.

Frankfurt a. M., 19. Januar. Gegen Rosa Luzmburg ist von der hiesigen Staatsanwaltschaft ein Strafverfahren wegen Vergehens gegen die §§ 110 und 111 (Verächtlichmachen staatlicher Einrichtungen) des Strafgesetzbuchs eingeleitet. Das Delikt wird in einem Vortrag erörtert, den die Rednerin Ende September 1913 in einer öffentlichen Versammlung hierselbst hielt. Die Verhandlung ist auf den 20. Februar angesetzt.

Kurze Nachrichten.

Die dem Bauunternehmer Kellner in Velbert (Rhld.) gehörige, seit Juni v. J. außer Betrieb befindliche Holzwarenfabrik in Gemünden (Kreis Westerburg) ging durch Kauf an die Firma Gros & Feldmann in Auerst. a. d. Lahn über. Die neuen Besitzer beabsichtigen unter Benutzung des Sägewerks mit Wasserkraft und der vorhandenen Holzbearbeitungsmaschinen einen größeren Bau- und Möbelschreinerei-Betrieb aufzunehmen. — Das Musterungsgeschäft findet in diesem Jahre im Kreise Altentkirchen in der Zeit vom 18. März bis 2. April statt, und zwar vom 18. — 23. März im Aushebungsbezirk 1 (Musterungsort Altentkirchen), vom 24. März bis 2. April im Aushebungsbezirk 2 (Musterungsort Veldorf). — Bei Weglar verunglückte am Montagabend ein Auto. Der Fahrer des Kraftwagens erlitt derartige Verletzungen, daß er nach Einlieferung in das Krankenhaus in Gießen verstarb. — In Gießen wurde das Gebäude der neuerrichteten Reichsbankstelle, das mit einem Kostenaufwand von 250000 Mark erbaut worden ist, eingeweiht. — Die Gothaer Waggonfabrik hat eine erhebliche Summe für das Taunusoberforatorium überwiesen. — In Frankfurt a. M. wurde von der Kriminalpolizei der Italiener Beziccoli verhaftet, der unter dem Verdacht steht, in Philadelphia, wo er unter dem Namen Pietro Casini bekannt ist, seine Schwester ermordet zu haben. — In Frankfurt a. M. wurde der Güterbodenarbeiter Adam Sintel beim Rangieren von Wagen in der Hofhalle des Hauptgüterbahnhofs derart verletzt, daß er alsbald im hiesigen Krankenhaus seinen Verletzungen erliegen ist. — Auf dem Moselgüterbahnhof in Coblenz stießen zwei Güterzüge zusammen, wobei 20 Wagen ineinander geschoben wurden. Eine Anzahl Wagen ist fast vollständig, die anderen sind teilweise zertrümmert. Lokomotivführer und Heizer des fahrenden Zuges konnten sich durch Abspringen retten. Der Sachschaden ist sehr beträchtlich.

Nah und fern.

O Zur großen Armee. Ein Ritter des Eisernen Kreuzes ist in Warschau dieser Tage gestorben. Der Arbeiter Friedrich Dahne, ein Feldzugteilnehmer von 1870/71, war unter dem Namen „Kanon-Dahne“ als historische Persönlichkeit weit über Ostpreußen hinaus bekannt. Den ehrenvollen Beinamen und das Eisene Kreuz hat er sich in der Schlacht bei Gravelotte erworben. Er war der einzige Mann in der Batterie, der unverwundet war, und mit der größten Ruhe bediente er ein Geschütz nach dem anderen und tauschte dadurch den Feind so lange über die Lage der Batterie, bis Verstärkung eingetroffen war.

O Ein junges Mädchen von Schlafkrankheit befallen. Am 13. Januar wollte ein junges Mädchen in Einbed abends noch einige Besorgungen machen. Sie hatte schon Hut und Mantel angelegt, als sie von einem Unwohlsein befallen wurde, sich in eine Sofaecke setzte und einschlief. Seit jener Stunde ist sie noch nicht wieder erwacht. Auch die ihr gereichte Nahrung nimmt sie in festem Schlaf. Die Organe des kräftigen, sonst kerngesunden Mädchens sind nach Befundung des behandelnden Arztes völlig in Ordnung.

O Räumung einer Lungenheilstätte. Schon seit einiger Zeit glaubten die Insassen der bei dem heftigen Dürre Winterlasten gelegenen Lungenheilstätte Grund zu klagen über schlechte Behandlung seitens der Anstaltsangestellten zu haben. Da die Anstaltsleitung auf eingetragene Beschwerden nicht einging, beschloß die Patienten, die Anstalt zu verlassen. Dieser Beschluß ist inzwischen durchgeführt worden, der größte Teil der etwa achtzig Personen zählenden Insassen hat sich zu ihren Angehörigen begeben.

O Acht Todesopfer einer Dynamitexplosion. Bei dem amerikanischen Städtchen Annapolis ereignete sich bei Felsenexplosionen für die Anlage einer Eisenbahnlinie eine Explosion. Sechs Arbeiter wurden sofort getötet, zwei starben bald darauf an den erlittenen Verletzungen. Etwa dreißig weitere Arbeiter trugen leichtere Verwundungen davon. Unter den Toten befanden sich auch zwei deutsche Monteure.

O Kinderreien englischer Wahlweiber. Zu welchen Mitteln die Suffragetten schon greifen, um von sich reden zu machen, beweist ein Zwischenfall, der sich bei Eröffnung einer Schule in Emden abspielte. Als der Staatssekretär für Schottland, Mr. Kinnon Wood, dort eine Rede hielt, warf eine Suffragette einen Beutel mit Mehl nach ihm, wobei sie schrie: „Das ist für die Folterung von Frauen.“ Der Beutel zerbrach, und der Staatssekretär wurde vom Kopf bis zu den Füßen mit Mehl bedeckt. Die Kämpferin für die Frauenrechte wurde etwas unsanft an die frische Luft gesetzt.

O Im Flugzeug über den Ozean. Dr. Wright, der bekannte amerikanische Flugzeugkonstrukteur, rüstet sich allen Ernstes zu einem Fluge über den Atlantischen Ozean. Er ist gegenwärtig mit dem Bau eines Flugzeuges beschäftigt und hegt die Überzeugung, daß das Gelingen des Fluges weniger von technischen Vorbereitungen als haupt-

sächlich von dem Wagemut des Fliegers abhängen würde. Wright will für seinen Flug die Strecke Neuseeland-Irland wählen und er glaubt, daß man den Flug in 25 Stunden ausführen könnte.

O Blutiger Kampf zwischen Sträflingen und Aufsehern. Drei Gefangene des Staatsgerichts Dr. Meester im Staat Oklahoma unternahmen einen Ausbruchversuch. Zu diesem Zweck hatten sie sich in den Besitz von Gewehren zu setzen gewußt. Als sich ihnen auf ihrer Flucht ein Aufseher entgegenstellte, schossen sie ihn nieder. Mehrere Aufseher eilten zu Hilfe, und es entspann sich ein regelrechter Kampf. Zwei weitere Aufseher und ein zufällig anwesender Richter wurden erschossen. Schließlich gelang es den Wächtern, die drei Ausbrecher niederzuschießen.

Kleine Tages-Chronik.

Berlin, 20. Jan. Der bekannte Schriftsteller Professor Dr. Rudolf Gense ist im 90. Lebensjahr gestorben. Er hatte vor einigen Tagen einen Schlaganfall erlitten, während des Krankenhauses trat dann noch ein Lungenkatarrh hinzu.

Berlin, 20. Jan. Wie erinnertlich, wurden im vergangenen Sommer in dem Rauenhorstort drei Frauen von einem Mann durch Messerstiche verletzt. Der Täter, Bäckergehilfe Kettstroth, ist jetzt als geisteskrank erkannt worden. Seine Überführung nach der Landesirrenanstalt steht bevor.

Berlin, 20. Jan. Die im Bucherprozeß verurteilte Gräfin Fischer v. Treuberg hat gegen das Urteil, soweit Bucher in Betracht kommt, Revision eingelegt. Im übrigen hat sie die Strafe angenommen.

Samborn, 20. Jan. Zwei Kinder einer Fabrikarbeiterfamilie erkrankten vor einigen Tagen an Fleckfieber. Sie sind gestern gestorben.

Posen, 20. Jan. Die Verhandlung gegen den Grafen Mathias Mielanowski, der bekanntlich seine Frau und seinen Reffen erschossen hat, findet am 23. Februar d. J. vor dem Schwurgericht in Grätz statt.

Frankfurt a. M., 20. Jan. Die Geschworenen im Giftmordprozeß Sopf haben auf die ganze Dauer der Verhandlung auf ihre Diäten verzichtet, zugunsten von Sopfs dritter Frau, die sich in sehr ungünstigen Verhältnissen befindet.

Durazzo schmückt sich.

Empfangsvorbereitungen in der Hauptstadt von Albanien.

Leben im Dasein — Mochsen als Schlafplätze — Einst und jetzt — Das Schicksal des „Tschuleh“ — Ungewohnte Arbeit — Vom Kino ins Telegraphenamt — Eine Frage an das Schicksal.

A. T. Durazzo, Mitte Januar.

Durazzo, das die Welt noch nicht kennt, will in Schönheit in die Geschichte unserer Zeit einziehen. Gestern noch ein friedlicher Aufenthaltsort etlicher Reisenden, ist die Stadt heute ein Sammelpunkt waffentragender Männer. In dem ungesicherten Hafen, der weder Lagerhäuser noch Werftstraßen aufweist, liegt eine internationale Flotte. Durch die beiden Tore, die die Stadt im Osten und im Westen abschließen, strömen ganze Dörfer von Händlern herbei. Aus Mirditien und Malsiorien, ja selbst von Epirus her kommen täglich ganze Volksstämme. Zu ihnen gesellt sich ein besonders merkwürdiger Stamm: der der europäischen Berichterstatter. Der Marktplatz ist ein großes Feldlager, und man schläft, wenn es sein muß, auch in den Mochsen. Und zu den kriegerischen Gefängen, zu den Lösungsworten der Schildwachen, zu dem Sprachengewirr, zu dem Gebrüll der Hunde kommt jetzt auch noch das Meist bis tief in die Nacht hinein dauernde Aufschlagen der Hammer und das Klirren der Mauerkellen hinzu. Durazzo legt europäische Kleidung an.

Man muß diese kleine Stadt kennen; sie hat ihren Adelsbrief, und wenn es einen „Gotha“ der Städte gäbe, würde sie dort einen Ehrenplatz erhalten. Die Dichter der homerischen Zeit haben sie unter dem Namen Epidauris beschrieben. Unter dem Namen Pyrrachium war sie zur Zeit der Größe Roms sozulegen Mode. Cicero mußte hier im Exil leben, und Cäsar, Pompeius, Augustus und Juhikan lebten hier ihrer Liebe. Amalasuntha, die Tochter Theoderichs des Großen, kostete in der berühmten Stadt die Früchte der Einsamkeit aus. Lange war Durazzo auch der Ausgangspunkt der Karawanen, die nach Bagdad gingen. Mit seinen 8000 Einwohnern, seinen elenden Gassen, die sich an die venezianischen Wälle anlehnen, seiner verfallenen Bucht, seinen beiden Häfen und seiner einzigen Straße liegt das Durazzo von heute in einem wahren Todesqual. Und nun soll dieses Nest auf einmal nach dem heiligen Willen Europas, eine Hauptstadt werden! ... Die tote Stadt erwacht.

„Ingenieur, Herr? ... Vielleicht im Dienste des Fürsten?“ Die braven Albaner, die Schiffsausläder und Köhler, können sich nicht vorstellen, daß man dem Hause ihres kommenden Herrn nicht in irgendeiner amtlichen Eigenschaft angegliedert sei. Nur an ihn denken sie noch. Es gibt kein Kaffeehaus, in dem man nicht seine Photographie entdeckt. Sein Bild zielt die Krambuden und die Zimmerwände. Und um des Fürsten willen ist auch dieses ganze Chaos von Zimmerleuten und Wandlangern, das einen schon bei der Ankunft in Erstaunen setzt, da. Es sind die Maurer des Palastes. Werkwürdig ist das Schicksal dieses besetzten Hauses („Tschuleh“), das, blau angestrichen, den türkischen Wali beherbergte, hellgelb bemalt den großen Effend Balda, grau gelblich die Serben und nun, weiß gepunktet, Wilhelm von Wied aufnehmen soll. Eingeborene, mit dem weichen Fes auf dem Kopfe, verdrängen unter der Leitung eines Wiener Dachdeckers ein Zirkdach. Um die Sache schnell zu machen, werfen sie mit Pfosten und Ziegelsteinen um sich, so daß die Köpfe und die kostbaren blauen Uniformen der Gendarmen, die unter ihnen herumspazieren, arg gefährdet sind. Verwegen aussehende Burken, die wohl mit einem Gewehr besser umzugehen wissen als mit einer Schaufel, mischen unverdrossen Sand und Kalk durcheinander. Andere bringen Steinblöcke, die sie aus den in der Nähe befindlichen Ruinenstätten holen. Ein Werkleiter kommandiert in deutscher Sprache, und ein paar Arbeiter übersehen die Befehle ins Italienische. Manchmal flucht einer der Arbeiter, die die Vorderseite des Schlosses ansteigen, in kroatischer Sprache. Ich glaube, daß es beim Turmbau von Babel auch nicht viel anders hergegangen sein kann.

Vor dem Palast breitet sich ein ausgetrockneter Sumpf aus. Hier hat in einer Bretterbude eine Leinwand-Gesellschaft einen Kinetographen eingerichtet. Erster Film: Fürst in Potsdam an der Spitze seiner Schwadron; zweiter Film: der Fürst besucht den Kaiser; dritter Film: der Fürst in seinem Schloß; von Bakarien umgeben, erscheinen die fürstlichen Kinder und ihre fürstliche Mutter. Die neun anderen Bilder sind ähnlich geartet. Eintrittsgeld braucht nicht bezahlt zu werden: es ist ein Propagandaschauspiel, und die Bretterbude wird nicht leer.

Durch die Balustrade schreiten stolz die Polizisten in weißbefarbenem, mit schwarzen Biesen besetztem Bams, die Gendarmen in grünen Röden, die Gendarmen in blauen Uniformen. Blühende Uniformen, knarrende Stiefel, neue Patronenbüchsen. In der Kaserne, die wie ein Turm das

